

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/7119



An den
Innen- und Rechtsausschuss des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Frau Barbara Ostmeier
Vorsitzende

Refugee Law Clinic Kiel
c/o Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.
Sophienblatt 82-86
24114 Kiel
info@law-clinic-kiel.de
www.law-clinic-kiel.de

Schriftliche Anhörung des Innen- und Rechtsausschusses des S.-H. Landtages zum

- a) Partizipations- und Integrationsgesetz für Schleswig-Holstein, Antrag der Fraktion der PIRATEN, und**
**b) Entwurf eines Gesetzes über die Integration von Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein (IntGSH),
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU**

Sehr geehrte Damen und Herren,

über die Möglichkeit einer Stellungnahme zu dem oben genannten Antrag und zu dem Entwurf hat sich die Refugee Law Clinic Kiel sehr gefreut.

Gleichwohl vertreten wir seit unserer Gründung den Grundsatz der parteipolitischen Unabhängigkeit. Wir können uns zum Antrag und zum Entwurf daher nur eingeschränkt positionieren. Unser Ziel ist es, Geflüchteten im Rahmen der bestehenden rechtlichen Möglichkeiten die besten Chancen zur Durchsetzung ihrer Rechte zu ermöglichen. Seit Anfang dieses Jahres haben wir hierfür in den Räumen des Flüchtlingsrates S.-H. e.V. einen festen Beratungstermin jeden Mittwoch einrichten können. Mit ausgezeichnete Unterstützung durch den Flüchtlingsrat, Dolmetschern und Dolmetscherinnen, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten konnten wir bereits einer großen Zahl von Flüchtlingen helfen. Unterstützung erhielten wir auch von der Stadt Kiel, der Christian-Albrechts-Universität Kiel, PerLe und vielen anderen Personen und Organisationen.

Grundsätzlich begrüßen wir jeden Ansatz, der zu einer besseren Integration von Geflüchteten führt. Aus unserer Erfahrung können wir sagen, dass eine gute juristische Beratung über den asyl- bzw. aufenthaltsrechtlichen Status, den Verlauf des Verfahrens und über die rechtlichen Möglichkeiten der Betroffenen ein dringendes Bedürfnis der Geflüchteten ist und somit am Beginn jeder Integration steht. Die vorhandenen Kapazitäten, die größtenteils auf ehrenamtlicher Tätigkeit bzw. auf bürgerlichen Initiativen basieren, sind ausgelastet. Die Refugee Law Clinic kann hier auch nur einen kleinen Beitrag leisten, der in der Entlastung der Sozialberatungsstellen von schwerpunktmäßig juristischen Fragestellungen besteht. Wir halten es daher für sinnvoll und notwendig, im Rahmen eines Integrationsgesetzes der Landesregierung die Schaffung bzw. Ausweitung von unabhängigen rechtlichen Beratungsstellen speziell für asyl- und aufenthaltsrechtliche Fragestellungen aufzugeben.

Wir bitten um Verständnis, dass wir zu den Einzelheiten des Antrags und des Entwurfs im Übrigen keine Stellung nehmen möchten.

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand der Refugee Law Clinic Kiel